

Juni 2026

Genfer Depesche

Multilateraler Dialog Genf

“Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen“:¹ das schwierige Verhältnis der Schweiz mit der Zuwanderung manifestiert sich erneut beim Volksentscheid am 14. Juni 2026

Andrea E. Ostheimer/Nicoline Lavanchy

Am 14. Juni stimmt die Schweiz über die 10-Millionen Initiative der Schweizer Volkspartei (SVP) ab. Die SVP will damit die Bevölkerungszahl strikt begrenzen. Es soll verhindert werden, dass vor 2050 die 10-Millionen Grenze erreicht werden könnte. Zurzeit leben 9,15 Millionen Menschen in der Schweiz. Prognosen des Bundesamtes für Statistik gehen davon aus, dass bereits im Jahr 2030 die 9,5 Millionen Schwelle überschritten wird, und die 10-Millionen Schwelle im Jahr 2041. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit gemeinsam mit der EU im Jahr 2002, ist die Schweizer Bevölkerung um rund 1,7 Millionen Personen gewachsen, zurückzuführen vor allem auf die damit vereinfachte Zuwanderung. Diese will die SVP nun mit ihrer Initiative bremsen.

Die Abstimmung zur 10-Millionen Initiative am 14. Juni – was verbirgt sich dahinter?

Diese jüngste SVP-Initiative reiht sich ein in eine Sequenz von Abstimmungen zu ausländerpolitischen Fragen seit dem ersten Volksbegehren 1970 gegen die Überfremdung (Schwarzenbach-Initiative). Die 10-Millionen Initiative dokumentiert das ambivalente Verhältnis der Schweiz zu dringend benötigten Arbeitskräften, humanitären Verpflichtungen im Geiste Henri Dunants und der Angst vor Überfremdung.

Die SVP² versucht bereits seit Jahrzehnten die Zuwanderung in die Schweiz zu beschränken und die seit 2002 bestehende Personenfreizügigkeit mit der EU ist ihr ein besonderer Dorn im Auge. Erstmals erlangte die Partei 2014 mit der Masseneinwanderungsinitiative einen Erfolg und erhielt 50,3% Ja-Stimmen. Die Masseneinwanderungsinitiative forderte, die Aufenthaltsbewilligungen von Ausländern durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente zu begrenzen. Bereits heute steht in der Schweizer Verfassung, dass das Land die Zuwanderung „eigenständig“ steuert und diese

durch „jährliche Höchstzahlen und Kontingente“ begrenzt.³ Hinsichtlich der Personenfreizügigkeit mit der EU kommt dieser Passus jedoch nicht zur Anwendung, Kontingente gelten nur für Einwanderer aus Drittstaaten.⁴

Um 2014 einen offenen Konflikt mit der EU in der Folge der Masseneinwanderungsinitiative zu umgehen, entschlossen sich Bundesrat und Parlament für eine zurückhaltende Umsetzung der Initiative, die lediglich die Pflicht zur Meldung offener Stellen bei der Arbeitsvermittlung vorsah. Unzufrieden mit der Ausgestaltung unternahm die SVP 2020 dann den direkten Versuch, die Personenfreizügigkeit zu kappen und brachte die Begrenzungsinitiative zur Abstimmung. Letztere verlor die SVP deutlich gegen 61,7% der Stimmen. Geseitert bei dem sehr forschen Versuch, die Einwanderung in die Schweiz zu begrenzen, versucht die SVP nun mit der 10-Millionen Initiative eine abgestufte Variante, die zumindest zu Beginn der Kampagne eine Nachhaltigkeitsrhetorik aus der rechten Ecke pflegte: der Schutz der Ressourcen der Schweiz und der Schutz der Heimat benötige eine Wachstumsbremse bei der demographischen Entwicklung. Ebenso will die Initiative die

Leistungsfähigkeit der Infrastrukturen, der Gesundheitsversorgung und der schweizerischen Sozialversicherungen schützen. Mit dem Verweis auf Nachhaltigkeit versuchte man eine politische Anschlussfähigkeit im linksgrünen Lager herzustellen, was allerdings nur bedingt fruchtete.

Die am 14. Juni nun zur Abstimmung stehende Initiative fordert vom Bundesrat zunächst Einschränkungen des Asylrechts und Familiennachzugs, sollte die Bevölkerung vor dem Jahr 2050 9,5 Millionen Menschen übersteigen. Darüber hinaus bleibt die Initiative unklar und trifft hinsichtlich der völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz in Bezug auf den Schutz von Flüchtlingen auf einige Hürden. Allerdings sieht die Initiative vor, dass „bevölkerungswachstumstreibende internationale Übereinkommen neu zu verhandeln seien“.⁵ Sollte die 10-Millionen Grenze vor 2050 überschritten werden, dann fordert die Initiative, dass bei einem zweimaligen Überschreiten der Grenze innerhalb von zwei Jahren die Personenfreizügigkeit mit der EU aufgekündigt werde.

„Als Schweizerin und Schweizer fühlt man sich zunehmend fremd im eigenen Land.“⁶

In der Schweiz haben 41% der Bevölkerung ab 15 Jahren einen Migrationshintergrund (3 Millionen Menschen). Von diesen besitzt gut ein Drittel (37%) einen Schweizer Pass. Der Ausländeranteil ohne Schweizer Pass liegt bei rund 27% der Gesamtbevölkerung. Im Vergleich hierzu sind in Deutschland 16,7% der Gesamtbevölkerung Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.⁷

Nach Angaben des Schweizer Bundesamtes für Statistik stammt die Mehrzahl der Migranten aus EU-Staaten. Der größte Anteil (Daten aus 2024) entfällt auf Einwanderer aus Italien (342.400), Deutschland (329.900), Portugal (257.300), Frankreich (171.100) und Kosovo (116.400).⁸

Über 50% der in der Schweiz lebenden Ausländer haben Niedergelassenen-Status inne. Lediglich 235.000 Flüchtende und Schutzbedürftige leben in der Schweiz, davon 71.700 aus der Ukraine. Hinzu kommen 42.000 vorübergehend Aufgenommene. Dies sind 3% der Schweizer Gesamtbevölkerung.

Im Vergleich hierzu: in Deutschland leben aktuell (Daten von Ende 2025/Anfang 2026) rund 3,4 Millionen Flüchtende und Schutzbedürftige, die einem Anteil von 4% an der Gesamtbevölkerung ausmachen.⁹

An diesen, die Situation in Deutschland und der Schweiz vergleichenden Zahlen verdeutlicht sich, dass die Ängste der Schweizer sich vor allem auf eine steigende Zuwanderung aus EU-Staaten beziehen und sie darin die Ursachen für steigende Mieten, Dichtestress in Bezug auf Wohnungsknappheit, Stau auf den Straßen, überfüllte Züge und Ausländerkriminalität sehen.

„Die Schweiz, unser Vaterland, unsere liebe Heimat, platzt aus allen Nähten“.¹⁰

Ausgehend von Emotionen und persönlichen Erfahrungen verknüpft die SVP ihr bevorzugtes Thema Migration mit Problemen, für deren Lösung Instrumente erforderlich sind, die jedoch in ganz anderen Politikbereichen zu finden sind. Dabei verkennt sie, dass das von der SVP angestrebte Migrationsmanagement mit den sozioökonomischen Gegebenheiten der Schweiz unvereinbar ist.

Migration – Wirtschaft – Arbeit und Soziales

Die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften ist aktuell der größte Treiber der Zuwanderung.

„Man sieht das gut in den Zahlen: Wächst die Wirtschaft stärker, steigt auch die Zuwanderung.“¹¹

Ohne Zuwanderung würde die Anzahl von Personen im erwerbstätigen Alter in der Schweiz bereits seit einigen Jahren sinken. Der Schweizer Arbeitsmarkt ist strukturell stark von der Zuwanderung abhängig. Die Pensionierungswelle der Babyboomer-Generation führt in den kommenden Jahren zu einem wachsenden Ersatzbedarf, der sich mit einer Begrenzung der Zuwanderung schwieriger decken lässt. Untersuchungen des Schweizer Think Tanks ECOPLAN zeigen, dass ein Einwanderungsstopp sich in absoluten Zahlen am stärksten in der Industrie und im Gesundheits- und Sozialwesen niederschlagen würde. Letzteres ist besonders bedeutsam, da gleichzeitig der Pflegebedarf durch die Alterung steigen wird.¹² Gemäß dieser Studie wären Hilfsarbeitskräfte besonders stark von Zuwanderungsbegrenzungen betroffen, da sie häufig in Branchen mit hohem Ausländeranteil arbeiten (Gastgewerbe, Baugewerbe, Reinigung). Hochqualifizierte Berufe verlieren hingegen absolut am meisten Beschäftigte, da sie zahlenmäßig die größte Gruppe bilden und die Schweiz in die-

sem Bereich gezielt internationale Fachkräfte rekrutiert. Mittelqualifizierte Berufe sind am wenigsten von der Zuwanderung abhängig, weisen aber den größten demografischen Ersatzbedarf auf.

Zwar bieten Automatisierung und Digitalisierung Potenziale zur Kompensation eines Arbeitskräftemangels. Die empirische Analyse von ECOPLAN weist jedoch darauf hin, dass Automatisierung nur einen Teil der Lücke in bestimmten Branchen schließen kann. Dies sind jedoch nicht Branchen, die den größten demografischen Ersatzbedarf aufweisen und am stärksten von Zuwanderung abhängig sind. Die häufig vorgebrachte Annahme, dass technologischer Wandel Zuwanderung überflüssig machen könnte, lässt sich daher empirisch nicht stützen. Modellrechnungen zeigen, dass gerade jene Branchen, die für die Grundversorgung der Bevölkerung unverzichtbar sind (Gesundheits- und Sozialwesen, Bauwirtschaft), überproportional von der Zuwanderung abhängen und gleichzeitig die geringsten Automatisierungspotenziale aufweisen.¹³

Die ECOPLAN Studie zeigt außerdem, dass eine Begrenzung der Bevölkerung auf 10 Millionen in der Gesamtbilanz mit erheblichen volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Kosten verbunden wäre. Zwar stehen einer Begrenzung entlastende Effekte gegenüber – insbesondere beim Wohnungsmarkt, bei Infrastruktur und Umwelt sowie bei einzelnen bedarfsabhängigen Sozialleistungen. Diese Entlastungen werden jedoch in ihrer Größenordnung deutlich geringer bewertet als die identifizierten Kosten.

Welche negativen Konsequenzen sind zu befürchten, sollte die Initiative angenommen werden?

Aufgrund der wissenschaftlich prognostizierten negativen Effekte auf die Schweizer Wirtschaft sprechen die Gegner der Initiative gerne auch von einer Chaos-Initiative, oder auch einem Brexit-Moment der Schweiz, da zur Einhaltung der Bevölkerungshöchstgrenzen umgehend Gegenmaßnahmen eingeleitet werden müssten.

Neben den bereits skizzierten wirtschaftlichen Konsequenzen stellt die Initiative den bilateralen Weg und die Abkommen mit der EU grundsätzlich in Frage und es ist offen, wie die EU selbst darauf reagieren würde. Sollte die Personenfreizügigkeit

fallen, dann wären konkret auf Grund der *Guillotineklausele* in den Bilateralen Verträgen, die Abkommen über den Land- und Luftverkehr, das öffentliche Beschaffungswesen, den Abbau technischer Handelshemmnisse und den Handel mit Landwirtschaftsprodukten betroffen. Ebenso gefährdet wären das Schengen-Abkommen sowie das Dublin-Abkommen zur Regelung des Asylsystems.

Für die Schweiz, deren Wirtschaft bereits aufgrund der US-Handelspolitik massiv unter Druck geraten ist und die sich auch sicherheitspolitisch auf Seiten der EU sieht, führe eine Annahme der Initiative zu weiteren Unsicherheiten.

Auch wenn die Initiative nicht direkt fordert, die Unterzeichnung der Bilateralen Abkommen III zu suspendieren, wäre es dennoch ein politisches Signal und eine Bürde für das Verhältnis EU-Schweiz.

Für Gegner der Initiative stellen sich daher auch grundsätzliche Fragen zur Verortung der Schweiz in Europa und in der internationalen Gemeinschaft. Will und kann man sich überhaupt im Herzen Europas im 21. Jahrhundert mit einer solchen Initiative isolieren?

Auswirkungen für die Stadt Genf, das internationale Genf und den französischsprachigen Teil der Schweiz

Spätestens seit dem Ende des Ersten Weltkriegs gilt Genf als globaler multilateraler Knotenpunkt. Mit der Wahl der Stadt zum Hauptsitz des Völkerbundes und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) etablierte sich Genf als Drehscheibe für Diplomatie, Dialog und globale Zusammenarbeit.

Daher steht speziell für Genf besonders viel auf dem Spiel, und die Auswirkungen wirken sich auf mehreren Ebenen aus, welche sich wechselseitig verstärken.

Der Kanton Genf, sollte die Initiative angenommen und der Aufenthalt ausländischer Arbeitskräfte eingeschränkt werden, müsste verstärkt auf Grenzgänger zurückgreifen. Im ersten Quartal 2026 waren im Kanton Genf 118.438 Grenzgänger beschäftigt, was 28,7% der nationalen Gesamtzahl entspricht.¹⁴ Der größte Binnengrenzübergang des Landes (die Douane de Bardonnex) ist zu Spitzenzeiten bereits ausgelastet. Ein Anstieg der täglichen Grenzübertritte würde die Infrastruktur, die

bereits an ihre Grenzen stößt, noch weiter belasten. So ist beispielsweise der Léman Express, die regionale grenzüberschreitende Bahnverbindung, überlastet, da die Nachfrage bei seiner Einführung unterschätzt wurde.¹⁵ Mit der Beendigung der Personenfreizügigkeit müssten Grenzkontrollen wieder eingeführt werden. Abgesehen von den Kosten für die Wiederherstellung dieser spezifischen Infrastruktur würde dies auch zu erhöhtem Verkehrsaufkommen und längeren Wartezeiten beim Grenzübertritt führen. Im schlimmsten Fall würden fast zwei Drittel der derzeitigen grenzüberschreitenden Arbeitskräfte ihre Arbeitsplätze in der Schweiz aufgeben, da es sich für sie aufgrund der Staus auf dem Weg zur und von der Arbeit nicht mehr lohnen würde, im Land zu arbeiten.¹⁶

Über die logistischen Aspekte hinaus stellt die Initiative ein strategisches Risiko für Genfs Positionierung als internationaler Innovationsstandort dar. Zwischen 2018 und 2024 waren etwa 63% der Zuwanderer in die Schweiz zwischen 15 und 39 Jahre alt¹⁷ – eine Bevölkerungsgruppe, die für die Einführung neuer Technologien und für Innovation von zentraler Bedeutung ist. Eine Beschränkung der Einwanderung würde den Zustrom internationaler Talente verringern, welche Genfs Startup- und Wissenschaftsökonomie tragen. Zwar hat sich das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten **ausdrücklich verpflichtet**,¹⁸ die Position des „Internationalen Genf“ als Drehscheibe für zukunftsorientierte Governance und praxisorientierte Innovation zu festigen, doch würde dieses Bestreben mit einer Annahme der Initiative auf eine harte Probe gestellt. Derzeit sind **mehr als 54 Einrichtungen** – von UN-Organisationen über Think Tanks und Stiftungen bis hin zu akademischen Institutionen – daran beteiligt, Digital Governance von Genf aus mitzugestalten:¹⁹ eine Konzentration von Fachwissen, die von der anhaltenden Mobilität internationaler Talente abhängt.

Schließlich stellt sich auch die Frage nach der Kohärenz des Rufs. Genfs Legitimität als multilateraler Knotenpunkt beruht zu einem wesentlichen Teil auf seiner Verbindung mit den Prinzipien des internationalen Schutzes der Menschenrechte, des humanitären Völkerrechts und der multilateralen Zusammenarbeit. Eine Initiative, die strenge Obergrenzen für die Wohnbevölkerung vorschlägt und Einschränkungen bei Asyl und Familienzusammenführung beinhaltet, würde einen Widerspruch zu den Werten signalisieren, die Genf international vertritt. Da die Finanzierungskrise der UN

bereits eine Reihe von Organisationen dazu veranlasst hat, eine Verlagerung von Personal aus Genf weg durchzuführen, würden die mit der 10-Millionen Initiative verbundenen weiteren Einschränkungen, Genfs Image und die internationale Position der Stadt weiter schwächen. Zwar sind die meisten bei den Vereinten Nationen und den Ständigen Vertretungen Beschäftigten aufgrund ihres diplomatischen Status nicht von der Initiative betroffenen, doch bliebe eine Unsicherheit für die 3.800 internationalen Mitarbeiter der **250 internationalen Nichtregierungsorganisationen** mit Sitz in Genf bestehen.²⁰ Dasselbe gilt für die 2.220 multinationalen Unternehmen, die in Genf ansässig sind.²¹ Zwar liegen keine Statistiken über die Zahl der Arbeitnehmer dieser Kategorie aus der EU vor, doch wären viele von ihnen von solchen Maßnahmen betroffen. Einschränkungen für diesen Sektor würden nicht nur die Grundlagen des internationalen Genfs, sondern auch die Steuereinnahmen des Kantons und des Bundes untergraben, da **37 % der Arbeitsplätze in Genf in diesem Sektor angesiedelt sind**.²² Die kumulativen Auswirkungen auf das Ansehen der Stadt als multilateraler Knotenpunkt sind daher nicht zu unterschätzen.

Wie positionieren sich Bundesrat, Parlament, Parteien, Gewerkschaften, öffentlicher Dienst und Privatsektor zur Initiative?

Der Bundesrat hat in seiner Botschaft zur Initiative²³ davor gewarnt, dass eine Aufkündigung der Personenfreizügigkeit mit der EU zur Folge hätte, dass auch die weiteren und gerade mühsam ausgehandelten bilateralen Abkommen, die auch den Zugang der Schweiz zum EU-Binnenmarkt sichern; sowie die Teilnahme der Schweiz am Schengen-Grenzkontrollsystem dadurch gefährdet würden. In ungewöhnlich scharfem Ton schrieb der Bundesrat in seiner Vorlage, dass mit der Initiative Arbeitsplätze, Sicherheit und Wohlstand der Schweiz aufs Spiel gesetzt würden.

Justizminister Beat Jans ging in seiner Aufklärungskampagne sogar so weit und warnte vor einer Demontage des Gesundheitssystems bei einer Annahme der Initiative.²⁴ Dies wurde von Seiten der SVP heftig kritisiert,²⁵ da Bundesräte vor Abstimmungen sachlich, transparent und verhältnismäßig informieren und auch die Gegenpositionen berücksichtigen müssen. Beat Jans, ein Sozialdemo-

krat, kämpft allerdings relativ allein und erhielt lediglich von Außenminister Ignazio Cassis Schützenhilfe.²⁶

Die bürgerlich konservative Partei Die Mitte war die einzige Partei, die die SVP Initiative nicht nur ablehnen, sondern mit einem Gegenvorschlag bekämpfen wollte.²⁷ Man scheiterte damit aber im Parlament. Parteien, die eigentlich die 10-Millionen Initiative ablehnen, fürchteten, mit einem Gegenvorschlag Argumente der SVP indirekt zu legitimieren.

Die Vorschläge von Die Mitte zielen vor allem darauf ab, die Probleme der Schweiz, welche vermeintlich durch eine Einwanderungsbegrenzung adressiert werden sollen, an ihren Wurzeln anzugehen. Die Mitte sieht hier Handlungsbedarf beim Wirtschaftswachstum, dem Fachkräftemangel und der Infrastruktur. Wirtschaftswachstum soll zukünftig nicht nur quantitativ und auf der Grundlage der Daten des Bruttosozialproduktes gesteuert werden, sondern auch auf Produktivität und Effizienz ausgerichtet werden. Konkret bedeutet dies Wirtschaftswachstum in einer alternden Gesellschaft, welches auf neue Technologien, Innovation und effizientere Organisation anstelle von Arbeitskräften aus dem Ausland setzt.

Für einige Abgeordnete der Partei Die Mitte, die in ihren konservativen und meist katholischen Kantonen von Seiten der SVP unter Druck stehen, bedeutete die Ablehnung des Gegenvorschlages im Parlament in Konsequenz eine neutrale oder gar unterstützende Positionierung in den darauffolgenden Diskussionen.

„Wir möchten pro Kopf mehr Wertschöpfung generieren, damit wir in der Summe weniger Köpfe brauchen – und auch weniger Platz in unserem kleinen Land.“²⁸

Dichtestress ist ein Argument für die 10-Millionen Initiative, welches sich sowohl auf den Mangel an bezahlbaren Wohnraum in den Ballungsgebieten und größeren Städten wie auch auf der Straße und Schiene bezieht. Die Mitte fordert nicht nur schnellere Bauplanungsprozesse, um dem Bedarf von jährlich 40.000 zusätzlichen Wohnungen entgegenkommen zu können, sondern auch die Koppelung an flexiblere Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Die Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem Land, Förderung von Remote-Arbeitsplätzen und Homeoffice-Zeiten sollen hier Entlastungen auf dem Wohnmarkt wie auch für die Verkehrsinfrastruktur bringen.

Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse unterstützt die Nein-Kampagne mit über 4 Millionen Franken und hat sich dezidiert dagegen ausgesprochen.²⁹

Für den Schweizer Gewerkschaftsbund³⁰ ist die Personenfreizügigkeit in Verbindung mit dem Lohnschutz das beste Migrationsmanagementsystem, da ein großer Vorteil der Personenfreizügigkeit sei, dass die Einwanderung mit den Qualifikationsanforderungen der Stellen relativ gut übereinstimme.

Die Polarisierung der Gesellschaft dokumentiert sich in der Positionierung der Gewerbeverbände.³¹ Während der Bundesverband der Gewerbetreibenden mit Verweis auf den bereits bestehenden Fachkräftemangel die 10-Millionen Initiative ablehnt, gehören vor allem die von SVP-nahen Vorsitzenden geführten kantonalen Gewerbeverbände zu den Befürwortern. Letztere zitieren primär Dichtestress und die Notwendigkeit, den Fachkräftemangel durch die Ausbildung von Schweizern beheben zu müssen, als Gründe für ihre Unterstützung.

Jüngste Umfragen und Prognosen

Normalerweise verlieren Volksinitiativen in der Schweiz an Unterstützung, je näher die Abstimmung rückt. Nicht so bei der 10-Millionen Initiative, die mit dem Verweis auf „ein Zeichen setzen“ in den vergangenen Monaten in den Meinungsumfragen weitere Unterstützung in der Bevölkerung fand. Zwar wurden die Umfragewerte vom April 2026, wo 52% der Befragten beabsichtigten die Initiative anzunehmen, im Mai und Juni 2026 nicht mehr so bestätigt.³² Aber die sich auch darin dokumentierende Volatilität der Wähler lässt das Ergebnis des Urnengangs vom 14. Juni relativ offen.

Zeitpunkt der Umfrage	Pro	Contra	Nicht sicher	Ergebnis der Initiative
Anfang Juni 2026	45%	52%	3%	Ablehnung
Ende Mai 2026	51%	43%	6%	Ablehnung
Mitte Mai 2026	47%	47%	6%	Pattsituation

Anfang Mai 2026	46%	47%	≈7%	Fast Pattsituation
Ende April 2026	52%	46%	2%	Zustimmung

und Gesellschaft kommen könnte, besteht eher die Wahrscheinlichkeit einer Ja-Stimme.

Denn man will schließlich nur ein Zeichen setzen....

In den Meinungsumfragen dokumentierte sich durchgängig die außerordentliche Geschlossenheit der SVP bei diesem Thema. 96% der SVP-Basis stehen hinter der Initiative. Die Demoskopie dokumentiert auch die Spaltung der bürgerlichen Mitte bei diesem Thema. Obgleich die FDP-Parteiführung eine klare Nein-Kampagne anführte, befürwortet nahezu die Hälfte der Basis eine Zuwanderungsbegrenzung.

Auch das klare Nein von Die Mitte, verhinderte bislang nicht, dass auch die Hälfte der Basis dieser Partei der Initiative positiv gegensteht.

Die Trends in den Prognosen dokumentieren vor allem, dass dort, wo die Parteien intensiv Aufklärungsarbeit zu den negativen Folgen der Initiative betrieben, ihre Argumente auch auf die Positionierung der Anhänger Einfluss hatten. Somit werden sich in der Abstimmung am 14. Juni auch die Mobilisierungs- und Kommunikationskapazitäten der Parteien zu ihren Anhängern reflektieren.

Experten sehen in den unklaren Formulierungen der Initiative einen Vorteil für die Befürworter. Denn sollten die Wähler nicht davon ausgehen, dass es zu negativen Konsequenzen für Wirtschaft

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V

Andrea E. Ostheimer/Nicoline Lavanchy

Multilateraler Dialog Genf

Europäische und Internationale Zusammenarbeit



The text of this work is licensed under the terms and conditions of from "Creative Commons Attribution-Distribution at level playing field 4.0 internationally", CC BY-SA 4.0 (available at: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>)

-
- ¹ Max Frisch: Überfremdung I, Vorwort in Alexander J Seiler: Gespräche mit italienischen Arbeitskräften, 1965.
- ² Die SVP hält aktuell 62 Sitze im Nationalrat und ist damit stärkste Partei, im Ständerat hat die Partei 6 von 46 Sitzen.
- ³ Art. 121 A Bundesverfassung
- ⁴ Kontingentsysteme gelten als ökonomisch ineffizient aufgrund des hohen administrativen Aufwandes, der Intransparenz und der politischen Einflussnahme.
- ⁵ [Initiative - Nachhaltigkeits-Initiative](#)
- ⁶ Marcel Dettling, SVP-Präsident in der Abstimmungszeitung zur 10-Millionen Initiative, [SVP Schweiz - Meine Gedanken und Sorgen zur Zuwanderung](#)
- ⁷ [Rohdatenausählung ausländische Bevölkerung - Statistisches Bundesamt](#)
- ⁸ [Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung | Bundesamt für Statistik - BFS](#)
- ⁹ [Wie viele Flüchtlinge leben in Deutschland? | Flüchtlinge in Deutschland | Flüchtlinge | Zahlen und Studien | Mediendienst Integration](#)
- ¹⁰ Thomas Matter, SVP-Nationalrat und einer der geistigen Väter der 10-Millionen Initiative. [SVP Schweiz - Höchste Zeit für eine Nachhaltigkeits-Initiative](#)
- ¹¹ Jerome Cosandey, Chef der Direktion Arbeit im Staatssekretariat für Wirtschaft, welches SVP-Wirtschaftsminister Guy Parmelin untersteht, in: „Es begann bei einem Bier im „Haus der Freiheit“ – die Geschichte der 10-Millionen Initiative“, Tagesanzeiger, 20.09.2025, [10-Millionen-Schweiz: Die Geschichte der SVP-Initiative](#)
- ¹² [Studie. Abschätzung der Auswirkungen einer Begrenzung der Bevölkerung in der Schweiz auf 10 Millionen.](#)
- ¹³ Ebda.
- ¹⁴ Genf weist mit Abstand die grösste Konzentration an Grenzgängern in der Schweiz auf. Die gesamte französischsprachige Schweiz (einschliesslich Waadt und Wallis) macht 41,2 % der nationalen Gesamtzahl von 411'000 Grenzgängern aus (KAS-Analyse des [Statistischen Amtes des Kantons Genf](#)).
- ¹⁵ [Le Léman Express victime de son succès](#)
- ¹⁶ [Une étude met en lumière les répercussions d'une limitation de la population](#)
- ¹⁷ [Statistiques sur l'immigration](#)
- ¹⁸ [Innovation](#)
- ¹⁹ [Digital Geneva Atlas | Digital Watch Observatory](#)
- ²⁰ Diese Daten wurden zwar im Jahr 2025 erhoben, doch ist es sehr wahrscheinlich, dass diese Zahl im ersten Quartal 2026 leicht zurückgegangen ist, infolge der globalen Finanzierungskrise, die derzeit das bestehende multilaterale System untergräbt.
- ²¹ [Les organisations internationales \(OI\) établies à Genève : résultats de l'enquête 2025](#)
- ²² [Brochure-210x270mm-v26.02.24.indd](#)
- ²³ [BBI 2025 1262 - Botschaft zur Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! \(Nachhaltigkeitsinitiative\)» | Fedlex](#)
- ²⁴ [10-Mio-Schweiz: Herr Jans, was macht die Regierung gegen den Zuwanderungsdruck? - News - SRF](#)
- ²⁵ [SVP-Initiative: Heikles Protokoll bringt Verwaltung in Nöte - Blick](#)
- ²⁶ [10 Millionen Schweiz: Bundesrat Cassis im Interview dazu](#)
- ²⁷ [Lösungen statt Isolation: Gegenvorschlag zur «Keine-10-Millionen-Schweiz»-Initiative nötig](#)

²⁸ Yvonne Bürgin, Fraktionschefin Die Mitte in einem Interview mit dem Tagesanzeiger, [10-Millionen-Initiative: Mitte-Partei plant Gegenoffensive](#)

²⁹ [Chaos-Initiative: Gefahr für Wohlstand und Stabilität](#)

³⁰ [10 Millionen Schweiz: Steuererhöhung von 635 Franken droht](#)

³¹ [SVP-Initiative: Wie die Zuwanderungsfrage den Gewerbeverband spaltet](#)

³² [2. Umfrage zum 14.6.2026: Nein-Trend zur «Keine 10-Mio-Schweiz» - News - SRF](#)